

V e r h a n d l u n g s p r o t o k o l l

der 89. Sitzung des Bundesrates vom 23. Dezember 1958

<u>Vorsitz:</u>	Hr. Bundespräsident Dr. Holenstein	
<u>Abwesend:</u>	niemand	
<u>Schriftführer:</u>	HH. Oser und Weber	
<u>Protokolle:</u>	keine	
<u>Beginn:</u>	9 Uhr	<u>Schluss:</u> 12 Uhr 40

Mitteilungen des Vorstehers des EPD

Lage in Jrak

Herr Petitpierre orientiert über die sich zusehens verschärfende Lage in Jrak, die sich durch kommunistische sowjetrussische Infiltrationen und Waffenlieferungen tschechischer und sowjet-russischer Provenienz kennzeichnet.

Finanzskandal in Spanien

Herr Petitpierre stellt in Aussicht, den Mitgliedern des Rates eine Photokopie des Berichtes unseres Konsuls in Barcelona zuzustellen.

Europäisches Währungsabkommen

Herr Petitpierre kündigt im europäischen Währungssektor das Bestehen wichtiger Entscheidungen an. Auf Initiative Grossbritanniens haben sich die 6 Länder des gemeinsamen Marktes geeinigt, die EZU durch ein Währungsabkommen zu ersetzen. Der Rat der OECE auf der Stufe der high officials wird davon Kenntnis nehmen und der EZU ein Ende setzen. Frankreich hat sich bereit erklärt, im Rahmen der 17 OECE Länder mitzuarbeiten, doch ist anzunehmen, dass es dafür Vorteile im Gebiete seines Aussenhandels eintauschen will. Es ist anzunehmen, dass Frankreich im Moment, wo das Währungsabkommen in Kraft tritt, seine Währung abwerten wird. Erstaunlich ist die Raschheit, mit der alle diese Massnahmen getroffen werden. Herr Streuli ergänzt diese Mitteilungen und erklärt, dass das FZD daran sei, einen Bericht zu erstatten über die monetären Konsequenzen der getroffenen Entscheidungen für die Schweiz. Mit der Nationalbank ist die Angelegenheit eingehend besprochen worden. Herr Petitpierre

teilt auf eine Bemerkung des Herrn Bundespräsidenten hin mit, dass noch heute bei den 17 OECE Ländern eine Demarche gemacht werden wird, um sie zum Beitritt zum Währungsabkommen einzuladen. Der Rat soll über die weitere Entwicklung auf dem Laufenden gehalten werden.

Schriftliche Anträge

Militärdepartement

Defilee von Truppen des 1. AK

Herr Chaudet hat in der Zwischenzeit abgeklärt, dass die Ausgaben auf Konto Schulen und Kurse zu buchen sind und dass es nicht notwendig sei, zusätzliche Kredite zu verlangen. Eventuell käme ein Nachtragskredit in Frage, wenn dieser Budgetposten überschritten würde. Ueber diese Ausgaben würde in der Staatsrechnung Auskunft gegeben. Herr Streuli erklärt, nicht dafür zu sein, für ein Defilee solche Beträge auszugeben, der Rat aber glaubt, im Hinblick auf die psychologische Wirkung und mit Rücksicht darauf, dass solche Defilees nur in Intervallen von 4, 5 und mehr Jahren stattfinden, die Ausgabe verantworten zu dürfen. Allerdings stimmt er nur in der Erwartung zu, dass die Ausgaben auf das Allernotwendigste beschränkt werden. Da Herr Chaudet wegen dienstlicher Inanspruchnahme, die Sitzung vorzeitig verlassen muss, ist er bei den folgenden Geschäften nicht mehr anwesend.

Departement des Innern

Landankauf für die EMPA in Dübendorf

Herr Streuli hat sich die Frage gestellt, ob man nicht noch weiteres Land in der Umgebung zukaufen und sich so eine Landesreserve schaffen sollte. Er hat Auftrag gegeben, die vorhandenen Möglichkeiten abzuklären. Herr Etter nimmt von diesen Mitteilungen dankbar Kenntnis.

Justiz- und Polizeidepartement

Film "Les Sentiers de la gloire".

Herr Lepori stellt fest, dass der Bundesrat die Möglichkeit hätte, zu erklären, nach^{dem} die Bundesanwaltschaft ihren Sequesterentscheid nicht vollzogen habe und nachdem das Telegramm des Filmverleihers keinen Rekurs darstelle, habe er keinen Entscheid zu fällen. Nach allem was aber in der Sache schon gegangen sei und im Hinblick auf die Möglichkeit einer Wiedereinführung dürfte es das Richtige sein, den Film zu verbieten, nachdem doch offenbar im Bundesrat allgemein der Eindruck bestehe, dass der Film geeignet wäre,

unsere Beziehungen zu Frankreich zu stören, wenn er zugelassen würde. Die übrigen Herren, ausser Herr Streuli, sprechen sich in ähnlichem Sinne aus. Herr Petitpierre macht zum Communiqué noch verschiedene Anregungen, die Herr Lepori alle gerne berücksichtigen will.

Herr Streuli erklärt, er stelle unter diesen Umständen keinen Gegenantrag, könne aber dem Verbot nicht zustimmen. Wir sollten nicht über ein Verbot entscheiden, bevor Frankreich reklamiert. Der Film geisse gewisse Zustände, wie sie 1914 - 18 bestanden haben dürften, er könne aber nicht als Beleidigung der französischen Armee aufgefasst werden, nachdem er die Truppe und besonders den Regimentskommandanten im Kampfe von der besten Seite zeige. Der Film laufe in Westdeutschland, sei im Tessin gezeigt worden und soll auch in Delsberg gelaufen sein, sodass man den Entscheid weiter den Kantonen überlassen sollte. Der Sprechende befürchtet, dass ein Präjudiz geschaffen werde und es gehe auch um die Pressefreiheit. Deshalb könne er dem Communiqué ebenfalls nicht zustimmen. Im weiteren Verlauf der Diskussion präzisiert Herr Streuli seinen Standpunkt dahin, dass man überhaupt keinen Entscheid fällen sollte im Hinblick darauf, dass weder eine rechtsgültige Sequestrierung des Filmes noch ein Rekurs vorliegen.

Der Rat beschliesst dann, Ziff. 3 des Antrages und des Communiqués zu streichen, sonst aber dem Antrag zuzustimmen. Eine besondere Billigung des Vorgehens des Bundesanwaltes ist nicht erforderlich. Diese liege bereits im Verbot des Filmes.

Ueber die Frage, ob der Film den Bundeshausjournalisten gezeigt werden soll, gehen die Auffassungen ebenfalls auseinander. Herr Streuli findet, dass man den Film, wenn man ihn schon verbiete, der Presse zeigen sollte, um sich nicht dem Vorwurf der Gehämjustiz auszusetzen. Dabei handle es sich doch nur um eine gewöhnliche Orientierung und man dürfe das nicht so auslegen, als ob man die Presse als eine Art obere Instanz konsultiere. Herr Lepori tritt dieser Auffassung entgegen und findet, dass man vermeiden sollte, ein Präjudiz zu schaffen. So wenig wie man in einem Rekursfall der Presse die Akten unterbreite, damit sie den Entscheid nachprüfen könne, so wenig könne man ihr jetzt den Film zeigen, sonst lade man sie ein, neben den Entscheid des Bundesrates den Entscheid der Presse zu setzen. Die übrigen Mitglieder des Rates (ausser Herrn Streuli) erklären sich ebenfalls dafür, den Film der Presse nicht zu zeigen. Die entsprechende Ziffer des Antragsdispositivs wird daher gestrichen.

Militärdepartement

Beschaffung von Atomwaffen

Zur Frage der Förderung der Uranforschung präzisiert der Herr Bundespräsident, unter Zustimmung des Vorstehers des EPD, dass die Mitwirkung des Bundes wohl im Rahmen der kantonalen Bergwerkshoheit gedacht sei.

Wahl von Instruktionsoffizieren des Veterinärdienstes

Herr Streuli ist erstaunt, dass ein Antrag auf Gründung eines Instruktionkorps von Veterinäroffizieren ausgerechnet jetzt gestellt werde, wo die Zahl der Pferde bei der Armee so zurückgegangen ist. Es wird beschlossen, das Geschäft am 30.12. zu behandeln, wenn Herr Chaudet anwesend ist.

Kriegskommandoposten des Bundesrates

Auf Antrag von Herrn Streuli werden heute Punkt 1 und 2 des Dispositives genehmigt d.h. die Militärdelegation wird beauftragt, sich an Ort und Stelle durch Herrn Oberst Frei über die vorhandenen Mängel der Anlage orientieren zu lassen. Ueber die Frage, ob ein Gutachten nötig sein wird, soll sich die Delegation erst auf Grund dieser Auskunft entscheiden.

Finanz- und ZolldepartementKlassierung der Dienststellen der Zollverwaltung

Auf Antrag von Herrn Streuli wird beschlossen, die Einstufung nicht rückwirkend in Kraft zu setzen, sondern erst ab 1. Januar 1959. Das Departement wird jedoch ermächtigt, die neue Ordnung in eigener Kompetenz für 1958 einzuführen. Der schriftliche Antrag des FZD ist entsprechend auch in der Begründung zu ändern (siehe Beschlussesprotokoll).

Post- und EisenbahndepartementWahl eines Vizedirektors des Amtes für Verkehr

Nach einer Diskussion über gewisse Begleitumstände dieses Geschäftes wird beschlossen, den Entscheid vorläufig auf die nächste Sitzung zu verschieben.

AussprachenPolitisches DepartementOrganisation in Sachen Atomenergie

Am 1. Dezember wurden erledigt die Ziff. 1 und 8 des Dispositives des Antrages EPD vom 22. November. Ziffer 2, 3, 4, 6 und 7 wurden in ein Reglement verwiesen und der Entscheid über Ziff. 5 verschoben. Heute liegt weiter vor ein Brief des EPD an die Mitglieder des Bundesrates vom 19. Dezember und ein Brief des Schweizerischen Nationalfonds zur Förderung der wissenschaftlichen Forschung an Herrn Petitpierre vom gleichen Datum.

Herr Lepori hat sich inzwischen damit einverstanden erklärt, dass

der Dienstzweig Atomenergie nach Inkrafttreten des Gesetzes über die friedliche Verwendung der Atomenergie und des Strahlenschutzes auf das PED übergeht. Bis dahin soll das PED einen Direktor für das Amt suchen. Auf Grund der Stellungnahmen der Professoren Ballmann und von Muralt hält Herr Petitpierre dafür, dass die beste Lösung in der heiklen Frage des Präsidiums (Ziff. 5 des Antrages vom 22. November) der Atomkommission diejenige des Antrages des Departements des Innern wäre, d.h. den neuen Delegierten für Atomfragen zum Präsidenten der Kommission zu wählen. Der Rat schliesst sich dieser Auffassung an. Herr Petitpierre wird noch einen entsprechenden formellen Antrag vorlegen, der sich auf den Antrag vom 22. November aufbaut und die noch offen gebliebenen Punkte übernehmen und regeln wird.

Volkswirtschaftsdepartement

Bundesbeitrag an die Hypsa 1960 und an die Gartenbauausstellung 1959
(siehe Beschlussprotokoll)

U m f r a g e

Hr. E t t e r

Eingabe Masson wegen Memoiren

Herr Etter hat aus dem Protokoll erfahren, dass der Bundesrat diese Frage in seiner letzten Sitzung behandelt hat. Er ist der Meinung, dass der Bundesrat gegen eine solche Publikation à tout prix Stellung nehmen sollte. Der Herr Bundespräsident nimmt in Aussicht, in der nächsten Sitzung nochmals darüber zu reden.

Hr. S t r e u l i

Robert Barrey . Goldgeschäft mit Russland

Dieser Barrey hat der Schweiz. Bankgesellschaft russisches Gold offeriert. Es handelt sich um ein durchaus legales Geschäft. Verdächtig erscheint der grosse Gewinn, der dabei auf einen Fonds des Herrn Barrey übertragen werden soll. Auch die russische Botschaft hat sich um diese Angelegenheit bemüht. Für den Moment ist nichts vorzukehren.

Urlaub

Herr Streuli wird vom 16. - 30. Januar im Urlaub sein.

Hr. PetitpierreFrauenstimmrecht. Stellungnahme von Bundesräten

Herr Petitpierre wurde aufgefordert, eine Erklärung abzugeben im Hinblick auf die Abstimmung vom 1. Februar. Man sollte sich darüber aussprechen, wie sich der Bundesrat in dieser Sache verhalten soll. Hätte der Rat Bedenken, wenn Herr Petitpierre oder andere Mitglieder eine solche Erklärung abgeben würden?

Wie Herr Streuli von Herrn Nationalrat von Greyerz erfahren hat, werden alle Mitglieder des Bundesrates angefragt werden. Mit den Propagandavorbereitungen sei man im Rückstand. Es ergibt sich folgende Stellungnahme der einzelnen Mitglieder des Rates:

Herr Petitpierre und Herr Lepori legen Wert darauf, eine Erklärung abgeben zu können.

Herr Streuli ist zurückhaltend gegenüber solchen Stellungnahmen des Bundesrates im gegenwärtigen Moment.

Herr Etter hat sich seinerzeit zwar damit einverstanden erklärt, dass die Botschaft weitergehe, habe aber für die Abstimmung seine persönliche ablehnende Stellungnahme vorbehalten. Er müsste eine Erklärung im ablehnenden Sinne abgeben.

Der Herr Bundespräsident erinnert daran, dass man es bisher zugelassen habe, dass Mitglieder des Bundesrates Erklärungen in Übereinstimmung mit dem Beschlusse des Bundesrates abgeben, dass man es aber vermieden habe, dass man sich gegen die Stellungnahme des Bundesrates ausspricht. Wenn daher Mitglieder das Bedürfnis haben in Übereinstimmung zum Beschluss Stellung zu nehmen, so solle ihnen das freistehen, doch eher in zurückhaltender Weise.

Der Rat scheint mit dieser Richtlinie stillschweigend einverstanden.

Geschenke von Türkei und Polen

Diese den Herren Bundesräten zugegangenen Aufmerksamkeiten können entgegengenommen und verdankt werden. Der Herr Bundespräsident erinnert daran, dass Herr Petitpierre die auswärtigen Vertretungen auf die unangenehme Lage aufmerksam machen sollte, in die man mit dem Offerieren solcher Geschenke gerät. Herr Petitpierre stellt einen Bericht ~~XXXXXXXXXXXXXXXXXXXX~~ in Aussicht.

Protokoll der letzten Sitzung

Das Verhandlungsprotokoll der 88. Sitzung vom 19. Dezember 1958 wird mit je einer Ergänzung beim Geschäft "100 Jahre Crédit foncier Vaudois", beim Geschäft "Defilee vom 14. Mai 1959" und beim Geschäft "Volksabstimmung über Zivilschutz" genehmigt.

* * *